

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 14

Artikel: Der Gegensommer : in Polen wird der Parteikongress zum Prüfstein
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094466>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In Polen wird der Parteikongress zum Prüfstein

Der Gegenommer

In Polen tagt der 9. Parteikongress, und am 17. Juli soll die Wahl der Parteiführung erfolgen. Und auf dieses Datum hin hat das Oberkommando des Warschauer Paktes vorzeitige Militärmanöver angekündigt ...

Die Zeichen stehen auf Sturm. Die Sowjets haben mit ihren Vorbereitungen zum gewaltsamen Eingreifen schon mehrmals vermeintliche «Fehlalarme» ausgelöst, aber sie haben jedesmal ihre Drohkraft verstärkt, und sie meinen es ernst. Sie wollen in Polen «ihre Leute» an die Macht bringen, so oder anders.

● Die Rechtfertigungskampagne zur Niederschlagung der «Konterrevolution» läuft auf vollen Touren. Einschüchterung und vorsorgliches Alibi zugleich.

● Die Voraussetzungen zu «ändern» Lösungen werden immer überzeugender. In Polen selbst sind die sowjetischen Mannschaftsbestände erhöht worden. In der DDR, in der Tschechoslowakei und in Ungarn ist das schwere Kriegsgerät der Sowjettruppen im Laufe der letzten fünf Wochen verdoppelt worden.

● In Polen sind neue soziale Unruhen ausgebrochen, Streikaktionen verschiedener Art. Die sogenannten «Dogmatiker», das heisst ganz einfach die Gefolgsleute Moskaus, schüren sie bewusst durch Nichteinhaltung der Danziger Vereinbarungen.

Kongress-Sabotage

Der eigentliche Prüfstein ist und bleibt der polnische Parteitag.

So, wie er sich aufgrund der Delegiertenwahlen abgezeichnet hat, wollen ihn die Sowjets nicht hinnehmen. Denn er würde die Partei endgültig auf den Reformkurs festlegen und die Errungenschaften der polnischen Arbeiterklasse legalisieren, insbesondere die freien Gewerkschaften.

Deshalb ist der sowjetische Druck im Vorfeld

des Kongresses immer grösser und rücksichtsloser geworden. Ohne diese Schützenhilfe hätten die «Dogmatiker» schon jetzt nichts mehr zu bestellen. Auf dem Zentralkomiteeplenium vom 8. bis 10. Juni hatten sie, gedeckt durch das sowjetische Ultimatum vom 5. Juni, erstmals versucht, die Macht staatsstreichartig an sich zu reißen, aber das missriet ihnen (siehe ZB, Nr. 12/1981). Sie konnten die Führungsspitze nicht absetzen, und seither sind sie in der Defensive. Ihre Wortführer Andrej Zabinski, Stanislaw Grabski und Stefan Olszowski wären heute nicht einmal am Kongress, wenn sich der von ihnen geschmähete Parteichef nicht persönlich um sie gekümmert hätte. Es bedurfte seiner Intervention, damit sie überhaupt als Delegierte aufgestellt wurden.

Briefe aus Prag usw.

Was die antipolnische Propagandakampagne in Osteuropa angeht, so hat sie eine quantitative Erweiterung erfahren.

Ungarn und das bis dahin eigentlich überraschend diskrete Bulgarien wurden veranlasst, im eigenen Namen mitzumachen; Zitate aus der Tass genügen nicht mehr. Moskau hat eine geschlossene Front befohlen.

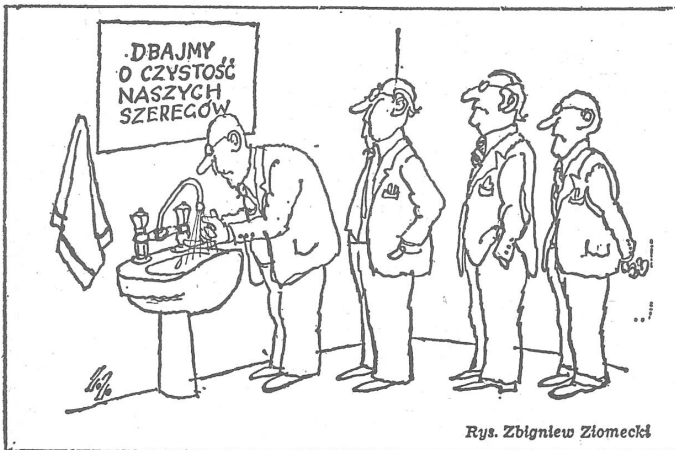
Die tschechoslowakische KP hatte bereits am 1. Juli in einem «vertraulichen» Brief an die polnische Parteiführung die Verschiebung des PVAP-Kongresses verlangt und vor einem «revisionistischen Parteiflügel» gewarnt. Aehnliche Briefe sollen inzwischen aus Ostberlin, Sofia und Budapest in Warschau eingetroffen sein. Damit ist die Parallele zum Brief der fünf Warschauer-Pakt-Staaten vom 15. 7. 1968 an die tschechoslowakische Parteiführung auch geschaffen.

In der öffentlichen Denunzierung der polnischen «Konterrevolution» sind DDR und CSSR nach wie vor die lautesten Sprachrohre Moskaus. Wenn etwa Ostberlin behauptet, dass die polnischen Arbeiter (die «reaktionären Kräfte») mit dem Bundesnachrichtendienst zusammenspannen, um die Rückgabe der polnischen Westgebiete an Westdeutschland zu erwirken, so spielt der Unsinn keine Rolle. Es geht nicht darum, dass irgend jemand den Quatsch glauben soll, sondern darum, dass jedermann die Feindbezeichnung versteht.

Gromyko: Macht es wie wir bei Kronstadt

Von sowjetischer Seite gibt es auch Eingriffe diskreter Art.

Aussenminister Gromyko war vom 3. bis 5. Juli ohne Publicity zu Besuch in Warschau. Er überbrachte zwei konkrete Forderungen. Sie sind kurz, aber schwerwiegend:



Die Partei: «Wir sorgen uns um die Sauberkeit in unseren Reihen.»
Karikatur aus «Solidarnosc» (8. 5. 1981), der Wochenzeitung der freien Gewerkschaft.

Anlageplus <small>(Die City Bank gehört zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt)</small>	Anlagehefte 4% Kassa-Obligationen 6%	Festgeldkonti ab Fr. 25000.-	Mehr Zins - Mehr Sicherheit. Die Formel für den klugen Anleger.
	Coupon		
Bitte senden Sie mir Ihre Unterlagen über Anlageplus.	Name _____	Vorname _____	ZB
	Strasse _____	PLZ/Ort _____	
Einsenden an City Bank, Talstrasse 58, 8021 Zürich, Telefon 01 211 76 11			

● Die beiden ZK-Sekretäre Tadeusz Grabski und Stefan Olszowski sind wiederum in die obersten Parteigremien zu berufen. (Die beiden sind von Moskau als Nachfolger für Kania und Jaruzelski vorgesehen.)

● Die Parteikontrolle über die Gewerkschaften muss wiederhergestellt werden. (Angeblich hat Gromyko dabei die Liquidierung des Arbeiteraufstands von Kronstadt durch Lenin als beispielhaft erwähnt.)

Die «gesunden Kräfte» ...

Wenn die Sowjetunion die Entwicklung in einem andern Land umkehren will, dann braucht sie dazu unweigerlich auch die Berufung auf die «gesunden Kräfte» des betreffenden Landes. In der Tschechoslowakei von 1968 musste sie diese allgemein deklarieren, weil sie nicht namhaft zu machen waren, aber in Polen hat sie diese «gefunden», das heisst durch ihre Warschauer KGB-Residentur selber organisiert.

Es handelt sich um das «Forum von Katowice» und das «Forum von Poznan», welche innerhalb der Partei die sowjetischen Vorstellungen vom Sozialismus in polnischer Sprache verkünden und sie in Manifestform veröffentlicht haben. Zuvor hatte sich schon die sogenannte Grunwald-Gruppe gebildet, die sich zu «vaterländischen» Zielen bekennt und im schönsten antisemitisch-faschistischen Stil zum Kreuzzug gegen «Zionisten, Liberale und ähnliches Gesindel» aufruft.

Die Abfuhr dieser Gruppen in der polnischen Öffentlichkeit — die Partei-Öffentlichkeit nicht ausgenommen — war allerdings so überwältigend, dass sich sogar die führenden «Dogmatiker» veranlasst sahen, öffentlich Distanz zu bekunden und die sowjetischen Genossen in ihrem Lob für das Forum von Katowice allein zu lassen. Die «gesunden Kräfte des polnischen Volkes» sind im polnischen Volk total isoliert.

... und die ungesunden Apparatschiki

Ernst zu nehmen ist hingegen der Einfluss, den die Sowjetführung innerhalb des Apparates von Staats- und Wirtschaftsverwaltung durchaus hat. So werden die Apparatschiki direkt und indirekt von Moskau ermuntert, die 1980 mit der polnischen Arbeiterschaft geschlossenen Vereinbarungen (den «Gesellschaftsvertrag») mit den Füßen zu treten. Und wenn die erbosten Gewerkschaftsvertreter sagen, dass es sich um minimale Sozialleistungen handelt, «die von den Kapitalisten schon im 19. Jahrhundert den Arbeitern zugestanden worden sind» (was schlicht und einfach die Wahrheit ist), dann wird der unziemliche Vergleich als «konterrevolutionär und anarchistisch» angeprangert.

Der «dogmatische» Parteiflügel heizt soziale Spannungen in Polen an, um möglichst die reformfreudigen Politiker zu verunsichern und die Kongressdelegierten unter Druck zu setzen. Damit ein sowjetgenehmer Führungswechsel als «notwendig» eingesehen wird.

Aussenminister Gromyko konnte von Parteichef Kania und Ministerpräsident Jaruzelski das Versprechen entgegennehmen, «bis zum September die Ordnung wiederherzustellen». Was die Vorbereitungen dazu sind, das weiss Gromyko mit Sicherheit viel besser als die beiden Vertreter Polens. gr

Der sowjetische Vormarsch in Arabien

Nordjemen im Doppelgriff

Die UdSSR hat Nordjemen militärisch ausgerüstet und instruiert. Jetzt verlangt sie eine politische Führung, die zur sowjetischen Bewaffnung passt.

Der Präsident der Arabischen Republik Jemen (ARJ), Ali Abdullah Saleh, hat seinen ersten Besuch in Moskau kurz vor Beginn des Fastenmonats Ramadan absolviert. Dieses Ereignis könnte einen folgenschweren Wandel der politischen Verhältnisse auf der arabischen Halbinsel sichtbar machen.

Zweck des Besuches waren Verhandlungen über die Zusammenarbeit beider Länder, namentlich über den Zinsendienst für die sowjetischen Anleihen, mit denen die Waffenlieferungen aus Moskau finanziert worden sind.

Die Sowjetunion war während der letzten 20 Jahre der wichtigste Waffenlieferant Nordjemens. Diese Stellung wurde von 1979 an entscheidend ausgebaut. Damals haben die beiden Länder einen Vertrag über militärische Hilfe abgeschlossen; er soll Lieferungen im Wert von einer Milliarde Dollar vorgesehen haben.

Ende März hat Gesundheitsminister Ali al-Bahr bereits in Moskau um Hilfe gebeten. Offenbar hat die UdSSR das Gesuch um 32 Millionen Dollar abgelehnt, aber konkrete Projekthilfe zum Ausbau von militärischen Garnisonen in Hoddeida, Mokka und Taiz zugesagt. Ferner soll Unterstützung bei der Errichtung eines Marinestützpunktes vermutlich in Saliff versprochen worden sein.

Die ARJ-Armee zählt gegenwärtig 30 000 Mann und soll bis 1982 auf 50 000 Mann erhöht werden. Sie verfügt über 64 amerikanische M-60-Panzer, an sowjetischem Material jedoch über 300 T-34-, 500 T-54- und T-55-Panzer, ferner 450 Panzerwagen (wovon weitere 150 geliefert werden sollen) sowie 50 Panzerspähwagen. Schliesslich umfasst das sowjetische Arsenal in der ARJ Abschussrampen und Raketenwaffen, Artillerie, acht Patrouillenboote, über 50 Flugzeuge, darunter 25 MiG 21-S und 15 SU-25.

Zusatzfaktor Südjemen

Diese umfassenden Waffenlieferungen sind ein Faktor der Strategie, um Nordjemen dem sowjetischen Einfluss zu erschliessen. Der andere Faktor ist die Volksdemokratische Republik Jemen (VDRJ, Südjemen). Dieses Land ist als sowjetischer Satellitenstaat bis an die Zähne bewaffnet worden. Es gilt als Brückenkopf Moskaus auf der arabischen Halbinsel. Seine grosse strategische Bedeutung liegt auch in der Kontrolle der Meerenge von Bab el Mandeb und damit des Ostzuganges zum Suezkanal. Südjemen ist die Basis von Untergrundbewegungen, die sowohl gegen das Sultanat von Oman als auch gegen Nordjemen gerichtet sind.

Die Nationaldemokratische Front (NDF) in Nordjemen steht zu Präsident Saleh in Opposition und wird von Südjemen aus unterstützt. In zahlreichen und andauernden Grenzzwischenfällen wird die nordjemenitische Armee provoziert

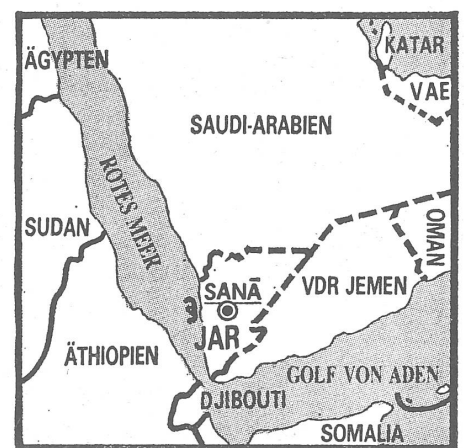
mit dem Ziel, die Regierung Saleh zu stürzen oder wenigstens zu zwingen, die NDF in die Regierung aufzunehmen. Falls dies gelingt, würde Nordjemen recht rasch zu einem zweiten Stützpunkt Moskaus auf der arabischen Halbinsel.

Gegenfaktor Saudiarabien

Saudiarabien ist sich dieser Gefahr bewusst und versucht, mit grosszügiger Hilfe an Nordjemen ein Gegengewicht zu bilden. Die NDF geht deshalb darauf aus, die Hilfe der Saudis zu bekämpfen.

Saudiarabien hat kürzlich einen weiteren Beitrag von 100 Millionen Dollar für 1981 an Nordjemen geleistet. Damit sollen nicht nur zehn Moscheen errichtet werden, sondern 50 artesische Brunnen, Kurzwellenstationen und Agrarprojekte finanziert werden.

Das Doppelspiel der Sowjets in Nordjemen liegt auf der Hand. Einerseits wird die Regierung Saleh mit Waffenlieferungen unterstützt, andererseits aber auch die NDF, welche Präsident Saleh bekämpft. Die Unterstützung zweier Gegner, um sie durch kriegerische Auseinandersetzungen zu schwächen, ist eine bewährte Taktik Moskaus. Sie wurde gegenüber Indien/Pakistan, Somalia/Aethiopien und neuerdings auch Iran/Irak angewandt. Wenn als Folge solcher angeheizter Konflikte dann das Chaos wächst und die beteiligten Parteien geschwächt sind, hofft die Sowjetunion, in den getriebenen Wassern erfolgreich fischen zu können. Peter Sager



Nordjemen, die Jemenitische Arabische Republik (JAR). Wird es nach dem bereits satellisierten Südjemen (Volksdemokratische Republik Jemen/VDR) ein zusätzlicher Ausgangspunkt der Sowjets zur Einnahme von Saudiarabien? Zwar ist Saudiarabien selbst widerstandswillig, aber was kann es allein tun?